

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

**Testament?
Erbvertrag?
Stiftungen?
Hausverkauf?**

Wichtige Fragen und Probleme, die gerne verdrängt, aber bei klarer Sicht der Dinge gelöst und entschieden werden sollten. Fragen Sie uns – seit 1980 sind wir für unsere Klienten da

Dr. iur. Michael E. Dreher, MBA HSG
DR. DREHER & PARTNER AG
8702 Zollikon / beim Bahnhof
T 044 396 15 15 - E drdr@dreher.ch

DEMOKRATEN WEHRT EUCH

Stoppt Nay, Kreis und Konsorten!

Gewiss, unsere Demokratie hat schon zahlreiche Krisen und sogar zwei Weltkriege überstanden. Dennoch: Auch die stärkste Demokratie geht zu Grunde, wenn die Demokraten nicht mehr für sie eintreten.



CLAUDIO ZANETTI
KANTONS RAT SVP
ZOLLIKON

Der Demokratie liegt die Annahme zu Grunde, dass ein Entscheid besser wird, je mehr Menschen daran beteiligt sind. Vor allem sollen auf diese Weise Fehlentscheidungen vermieden werden.

Dieser Gedanke kommt übrigens auch bei der Besetzung von Gerichten, die sich gegenwärtig zu Herren über die Demokratie aufspielen, zum Ausdruck: je wichtiger ein Entscheid, desto grösser der Spruchkörper. Und nicht nur das: in besonders wichtigen Ausnahmefällen weist die Bundesverfassung der Bundesversammlung sogar richterliche Kompetenzen zu. Nach Artikel 173 sind das Entscheide über Zuständigkeitskonflikte zwischen den obersten Bundesbehörden sowie Begnadigungen und Entscheide über Amnestie.

Das Primat des Demokratischen

Auch an anderer Stelle macht die Bundesverfassung klar, dass das demokratische Prinzip in unserem Land eindeutig Vorrang vor dem rechtsstaatlichen Prinzip genießt. In Artikel 190 heisst es nämlich klar, dass Bundesgesetze und Völkerrecht für das Bundesgericht und die anderen rechtmässigen Behörden massgebend sind. Damit wird die von vielen Etatisten geforderte Verfassungsgerichtsbarkeit explizit ausgeschlossen. Das Bundesgericht hat eben gerade nicht das Recht, ein Bundesgesetz oder gar einen Volksentscheid aufzuheben. Es muss sogar verfassungswidrige Bundesgesetze anwenden – weil diese demokratisch legitimiert sind. Sei es, dass sie eine Referendumsabstimmung erfolgreich bestanden haben, oder weil das Referendum nicht ergriffen wurde.

Es gibt noch weitere Belege dafür, wie unsere Verfassungsväter den Demokratiedanken hoch hielten: So haben wir beispielsweise kein Staatsoberhaupt, sondern nur Bundesräte, die sich so aufführen. Der Verfassung

nach steht das Parlament eindeutig über dem Bundesrat. Und sowohl die Regierung wie die obersten Gerichte werden von der Bundesversammlung gewählt und sind dieser gegenüber zur Rechenschaft verpflichtet.

Es ist aufgrund der Rechtslage ganz einfach unsinnig, zu behaupten, die Demokratie habe sich dem Rechtsstaat unterzuordnen. Die Demokratie legt die Regeln fest und hätte sogar das Recht, den Rechtsstaat abzuschaffen und durch eine absolutistische Monarchie zu ersetzen.

Nichts ausser lösungsorientiert

Die gegenwärtige Kritik an der Demokratie im Nachgang zur Abstimmung über das Minarett-Verbot ist darauf zurückzuführen, dass die so genannten lösungsorientierten Politiker ausser lösungsorientiert nichts sind. Sie haben ein Ziel vor Augen, und es ist ihnen völlig egal, wie sie dorthin kommen. Zurzeit ist das strategische Ziel der EU-Beitritt, und auf dem Weg dorthin ist die direkte Demokratie natürlich hinderlich. Also wird alles unternommen, um sie zu schwächen.

Zurück zum Wesen der Demokratie. In einer Demokratie geht es nicht nur darum, dass Abstimmungen durchgeführt werden. Wesentlich ist, dass das Ergebnis einer Abstimmung für alle verbindlich ist. Ein Demokrat zeichnet sich dadurch aus, dass er das Verdikt der Mehrheit anerkennt. Blosses Respektieren, wie es unsere Landesregierung nach dem Minarett-Entscheid zugesagt hat, genügt nicht.

Nie an der Demokratie gezweifelt

Die SVP hat in den letzten 20 Jahren viele Volksabstimmungen verloren. Man denke nur an «Bretton-Woods», «Waffenplatz-Initiative», die Verschärfungen des Waffenrechts, das Krankenversicherungsgesetz, neue Bundesverfassung, Erhöhung der Mehrwertsteuer, den Kulturförderungsartikel, «Truppen im Ausland», «Asylinitiativen», «Schwerverkehrsabgabe» (LSVA), «Vernünftige Drogenpolitik», UNO,

«Abtreibung, «Schengen/Dublin», «bilaterale Verträge», «Behördenpropaganda» usw., die Liste ist nicht vollständig. Aber es ist klar: Wir haben sehr häufig verloren. Doch nicht ein einziges Mal ertönte aus unseren Reihen Kritik am System. Nie haben wir die direkte Demokratie infrage gestellt.

EWR-Abstimmung als Zäsur

Seit der EWR-Abstimmung ist alles anders. Der 6. Dezember 1992 stellt eine Zäsur in der schweizerischen Geschichte dar. Plötzlich war das mit dem Volk als Pro-forma-Opposition nicht mehr nur Theorie, sondern Realität. Diese Niederlage hat man in Bern nie wirklich überwunden. Und nun haben am vergangenen 29. November der Bundesrat und mit ihm die Bundesversammlung und praktisch alle Parteien, Verbände und Medien eine weitere Abstimmung verloren.

Es folgte die Stunde der Professoren und Experten: Aus den Bündner Ber-

gen forderte ein ausgemusterter Bundesrichter die Nichtbeachtung dieses Entscheids von Volk und Ständen. Bereits vor einigen Jahren hat sich das Bundesgericht zu einer eigentlichen Gefahr für die direkte Demokratie entwickelt, und zwar im Zusammenhang mit dem Einbürgerungsverfahren. Die Lausanner Richter gingen zwar nicht so weit, gleich einen Anspruch auf die Erteilung des Bürgerrechts zu postulieren, aber sie erklärten den Schutz vor staatlicher Willkür zu einem absoluten Recht und leiteten daraus ab, dass die Ablehnung – und nur die Ablehnung! – zu begründen sei, damit der Antragsteller eine Grundlage erhält, den Entscheid anzufechten.

Weiter hielt das Bundesgericht fest, dass der Beschluss über den Einbürgerungsantrag kein politischer Entscheid, sondern blosser Verwaltungsakt sei.

Lösungsorientiert verblendet

Unser höchstes Gericht, das gemäss Bundesverfassung die Rechte des Volkes zu schützen hätte, hat das Volk einer wichtigen Kompetenz beraubt. Über die Tragweite dieses Entscheids und über die Fragen, die er aufwirft, machten sich die Richter keine Gedanken. Man wollte mehr Einbürgerungen

und entschied für mehr Einbürgerungen.

So fehlt jeder Anhaltspunkt, wie dem Grundsatz nach zwischen politischen Entscheiden und Verwaltungsakten zu unterscheiden sei. Das Bundesgericht gibt beispielsweise keine Antwort auf die Frage, wie denn zu verfahren sei, wenn jemand aus willkürlichen Gründen nicht in ein politisches Amt gewählt wird oder wenn eine Sachvorlage aus willkürlichen Gründen verworfen wird. Wenn das Willkürverbot absolut gilt, müsste auch für Wahlen und Abstimmungen über Sachfragen eine überprüfbare Begründung verlangt werden. Damit würde die ganze Demokratie zu einem Verwaltungsakt, und am Ende hätten die Richter das letzte Wort.

Das Bundesgericht führt auch nicht aus, weshalb es plötzlich völkerrechtswidrig sein soll, dass in der Schweiz das Volk über Einbürgerungen entscheidet, wie dies in der auf ihre Vereinbarkeit mit dem Völkerrecht geprüften Bundesverfassung ausdrücklich vorgesehen ist.

Und schliesslich liefert das Bundesgericht auch keine Erklärung dafür, weshalb die Verwaltung bessere Entscheide fällen soll als das Stimmvolk.

Fortsetzung Seite 2

EINSTEHEN FÜR DIE SCHWEIZ

Die Zürcher Gemeinden brauchen noch mehr SVP

Im Jahr 2010 werden im Kanton Zürich Gemeinderäte, städtische Exekutiven und Parlamente neu gewählt. Nach den wirtschaftlichen und politischen Turbulenzen der vergangenen Monate ist eines offensichtlich. Es braucht die Kräfte, welche vorbehaltlos für die Schweiz und ihre Werte eintreten.



GEMEINDERAT
ROGER LIEBI
PRÄSIDENT
SVP STADT ZÜRICH

Vor dem Hintergrund einer noch nicht bewältigten Weltwirtschaftskrise und der damit verbundenen zunehmenden, ja exorbitanten Verschuldung von Staaten, Städten und Privatpersonen ist mehr denn je viel Disziplin beim Geldausgeben verlangt. Das gilt für die

Schweiz, den Kanton Zürich und die Zürcher Gemeinden. Dabei stellen uns die Folgen der massiven Zuwanderung, die wegen der Personenfreizügigkeit – wie von der SVP vorausgesagt – seit 2006 regelrecht explodiert, vor zusätzliche Herausforderungen.

Die Mietzinsen stiegen seit 2000 bei Wohnungswechseln und Neubauten um 40 Prozent, währenddem sich im gleichen Zeitraum netto über 400 000 Personen aus dem Ausland neu in der Schweiz niederliessen. Eine Studie der Nationalbank vom Dezember 2009 be-

stätigt eindeutig, dass Miet- und Eigenheimpreise wegen der Migrationswelle massiv gestiegen sind.

Verwässerung unserer Identität? Wenn sich allein seit dem Jahr 2006 rund 15 000 Ausländer in der Stadt Zürich niedergelassen haben, dann wird jedem bewusst, dass dies Folgen auf dem Arbeitsmarkt haben muss. Wo sollen diese Leute, in einer Zeit in der eher Arbeitsplätze abgebaut werden müssen, arbeiten?

Fortsetzung Seite 5

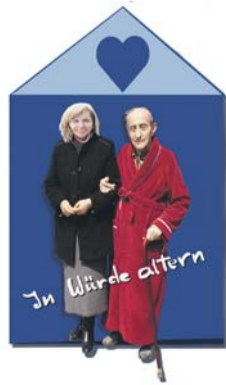


Hotel-Restaurant Sonne

Familie Zorica Fak
Kirchenstr. 51, 8843 Oberiberg
Telefon 055 414 12 30
info@sonne-oberiberg.ch

Sonnenstübel für 20, grosser Saal für 50 Personen, Restaurant bis 40 Personen. Grosse Terrasse. Familienhotel mit 40 Betten: Doppelzimmer, 4er-Zimmer und Einzelzimmer. Alle Zimmer verfügen über fliessend Kalt- und Warmwasser, pro Etage eine Dusche, ein Bad sowie WC's. Zusätzlich 2 x 8 Matratzenlager. Ruhige Lage ob der Kirche (Gruppenunterkünfte).

Neu in Ihrer Region:
24-Stunden-Betreuung
in den eigenen 4 Wänden



I-W-A In Würde altern
Tel. 0041 (0) 844 55 44 33
Fax 0041 (0) 844 55 44 00
E-Mail: info@I-W-A.ch
WWW.I-W-A.CH

Schreinerei Hanspeter Rütschi

Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01
www.schreinerei-ruetschi.ch
info@schreinerei-ruetschi.ch

- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovationen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräte austausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork und vieles mehr ...

Fragen Sie uns oder
besuchen Sie unsere Ausstellung.

Kostenlos Probeschlafen

WBS - das Matratzensystem
für den vollkommenen
Schlafkomfort



wideg ag

Industriestrasse 25, 8625 Gossau
Tel 044 935 25 46
info@wideg.ch
www.wideg.ch



Sparen Sie
bei den Hypotheken!
Wir sagen Ihnen wie.

HypothekenBörse AG
Finanzierungsberatung
für Private und Firmen

Uster-West 18
Postfach 430, CH-8610 Uster
Telefon 043 366 53 53
Fax 043 366 55 83
info@hypotheken-boerse.ch
www.hypotheken-boerse.ch



Clever finanzieren.

HYPOTHEKENBÖRSE AG

Wirtschaftsinteressen von Fall zu Fall



VON CHRISTOPH
MÖRGELI

Mit dem groben Knüppel warnte der Bundesrat im Abstimmungs-büchlein vor der Annahme der Minarett-Initiative: «Dies könnte sich negativ auf die Interessen des Landes und der Schweizer Wirtschaft auswirken.» Vor ausländischen Medienvertretern behauptete Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf: Im Falle einer Zustimmung seien «wirtschaftliche Konsequenzen absehbar». Nach dem Entscheid prophezeite die unterlegene Justizministerin trotzig: «Die Konsequenzen werden wir vor allem bei der Exportwirtschaft sehen.»

Heute hat die bundesrätliche Boykott-Droherin nur noch Libyens Diktator Gaddafi auf ihrer Seite. Weil Tagesschwankungen des Dollarkurses grössere Auswirkungen haben als Sanktionen aus dem islamischen Raum. Weil muslimische Kunden wie alle vernunftbegabten Wesen nicht ins religiöse Bekenntnis der Geschäftspartner investieren, sondern in die Qualität von Produkten und Dienstleistungen. Und weil kein einziger muslimischer Tourist in die Schweiz fliegt, um Minarette zu besichtigen.

Wenn der Bundesrat erhebliche wirtschaftliche Konsequenzen befürchten müsste, dann bei der Aufnahme von zwei Guantánamo-Uiguren. Bundesbeamte beurteilten deren Leumund als tadellos – wahrscheinlich sind es dieselben, die schon Armeechef Nef, Drogenboss Ramos und Dr. rer. pol. Tiziano S. überprüft haben. Frau Widmer-Schlumpf erklärte, sie wolle die Islamisten aufnehmen, sobald sich ein Kanton melde. Erste Reaktionen Chinas zeigen, dass dies augenblicklich Exportfolgen in einem Milliardenmarkt hätte. Die Justizministerin trägt dann die Verantwortung für vernichtete Arbeitsplätze der Schweizer Wirtschaft.

Die USA wollen keinen Zoff mit China und darum ihre Uiguren rasch loswerden. Wer jetzt als global ausgerichtetes Land diese heisse Kartoffel anfasst, ist einfach nur dumm. Die Zwerginsel Palau lässt sich ihre Uiguren immerhin mit 200 US-Millionen vergolden. Für diesen Betrag würde ich sie sogar bei mir privat unterbringen. Albanien hegt wenigstens die Zuversicht, dass seine Uiguren rasch Richtung Schweiz weiterreisen. Für uns aber gibt es null Grund, ihnen Asyl anzubieten. Denn die Sicherheit der Gefangenen ist durch die Weltmacht Amerika garantiert. Und somit wacht über sie ein Schutzengel in Lichtgestalt des Friedensnobelpreisträgers Barack Obama – des besten aller guten Menschen.

MEDIEN, WISSENSCHAFT UND POLITIK

Mehr Objektivität und Transparenz bitte!

Dass sich die Wissenschaft in heutiger Zeit gerne in den Dienst politischer Ziele stellt, wissen wir nicht erst seit dem Waldsterben und der Klima-Debatte. Dass die Medien dabei häufig die Rolle des unkritischen Sprachrohrs oder gar Verstärkers spielen, ist hingegen ärgerlich. So wieder einmal geschehen in der vergangenen Woche, als eine medizinische «Studie» aus dem Kanton Graubünden fast überall Schlagzeilen machte. Kritisch hinterfragt wurden die Resultate kaum irgendwo. Während in diesem Fall den Medien eher Unvermögen denn Absicht unterstellt werden dürfte, schockt der am Wochenende erbrachte Nachweis der institutionellen Verflechtung zwischen der Spitze des Schweizer Fernsehens und den Gewerkschaften.



MARTIN BALTISSER
GENERALSEKRETÄR
SVP SCHWEIZ

Seit dem 1. März 2008 gilt im Kanton Graubünden ein Rauchverbot in öffentlichen Räumen. Gemäss einer breit aufgenommenen Meldung in zahlreichen Medien will nun eine «Studie» aufzeigen, dass die Zahl der Herzinfarkte aus diesem Grund massiv zurückgegangen sei. Das Rauchverbot entfalte also umgehende und unmittelbare Wirkung. Betrachtet man die Meldungen genauer, sieht man, dass die Studie offenbar auf der Betrachtung von drei statistischen Zahlen beruht: der Zahl der Herzinfarkte in den beiden Jahren vor Einführung des Rauchverbots und der Zahl der Herzinfarkte im Jahr nach Einführung des Rauchverbots – 229, 242, 183. Man muss nicht Statistik stu-

diert haben, um zu sehen, dass aus der Menge der Fälle, den Differenzen zwischen den Zahlen und aus der Dauer der Zeitreihe keinerlei signifikante Schlussfolgerungen gezogen werden können.

Komödiantisches Niveau

Gänzlich abenteuerlich wird es, wenn dann mit diesen Zahlen noch eine Bewertung des Zustands von Teilmengen daraus hergeleitet wird. So hat die Schlussfolgerung, dass wegen des Rauchverbots auch bei Feriengästen im Kanton Graubünden weniger Herzinfarkte festzustellen waren, schon fast komödiantisches Niveau.

Während andere Medien diesen sensationellen «Erfolg» ohne weiteres Nachfragen – teilweise auf der Frontseite bzw. mehrfach am gleichen Tag – vermeldeten, ist dem Schweizer Fernsehen wenigstens zugute zu halten, dass die Journalistin in der Tagesschau

einem Herzspezialisten, der nicht an der Studie beteiligt war, die Frage stellte, ob das Resultat nicht ein Zufall sein könne.

Dieser musste dann auch mehr oder weniger explizit zugeben, dass aus den Zahlen keine direkte Kausalität zum Rauchverbot abgeleitet werden könne. Studien aus anderen Ländern zeigten hingegen das gleiche Bild, und deshalb müsse es schon stimmen ... Die Medien dürften durchaus wieder einmal etwas genauer hinschauen, auch wenn der Absender aus der «Wissenschaft» kommt.

Unerträgliche Verbandlungen des Fernsehdirektors

Genau hingesehen hat am letzten Sonntag offenbar die Zeitung «Sonntag». Sie hat aufgedeckt, dass zwischen dem Direktor des Schweizer Fernsehens, Ueli Haldimann, und den Gewerkschaften institutionelle Ver-

knüpfungen bestehen. Haldimann sitzt im Verwaltungsrat eines Verlags, dessen Konsumentenpublikationen gemeinsam mit den Gewerkschaften das Referendum gegen den BVG-Umwandlungssatz zustande brachten. Der Verwaltungsratspräsident der Firma, René Schuhmacher, ist zudem Verwaltungsrat der Gewerkschaftszeitung «Work». Mit seinem bisher in der Öffentlichkeit nicht bekannten unternehmerischen Engagement neben seiner Tätigkeit als Fernsehdirektor bedient Haldimann damit bestens das Klischee vom «linken Filz» beim Schweizer Fernsehen. Ein Mangel an Transparenz ist das eine, fehlende Unabhängigkeit das andere. Herr Haldimann muss sich entscheiden. Ist er nun Fernsehdirektor oder Verwaltungsrat im Propaganda-Netzwerk von Gewerkschaften und Konsumentenorganisationen. Beides zusammen geht nicht.

Fortsetzung von Seite 1

Stoppt Nay, Kreis und Konsorten!

Wieso soll eine Handvoll Beamter gescheitert sein als die Tausenden von Menschen, die für ihren Lohn aufkommen?

Der politisierende Professor

Noch jemand meldete sich nach der Minarett-Abstimmung zu Wort: Der Hohepriester der politischen Korrektheit, Georg Kreis, warnte mit Verweis auf die 30er-Jahre vor den Gefahren der Demokratie. Eine Ungeheuerlichkeit für jemanden, der sein ganzes Leben lang von einem demokratischen Staat gelebt hat. Hitler ist nicht dank der Demokratie an die Macht gelangt, sondern wegen der Schwäche derer, die sie hätten verteidigen sollen. Und das erste, das die Nazis nach der so genannten «Machtergreifung» taten, war, die Demokratie abzuschaffen. Es gab keine Parteien mehr, es gab keine Wahlen mehr, und das Parlament entmachtete sich gleich selbst.

Das weiss Kreis natürlich. Er sagt dies nicht als Geschichtspräsident, sondern als politisierender Geschichtspräsident. Er verfolgt ein politisches Ziel: Er will die SVP verunglimpfen, indem er eine Nähe zum Nationalsozialismus suggeriert. Dabei könnte der Vergleich abwegiger nicht sein: Im Jahr 1933 – im Jahre der Machtüber-

nahme durch Hitler – als es tatsächlich eine Fröntlerbewegung gab, die aber – wegen der direkten Demokratie – politisch bedeutungslos blieb, hielt die Zürcher SVP Folgendes fest:

«Nicht Sichel und Hammer und nicht das Hakenkreuz, nicht das Dogma einer Partei und nicht die staatliche Diktatur können unsere Losung sein. Scharen wir uns entschlossen unter dem weissen Kreuz im roten Feld, dem Symbol der Demokratie, dem Zeichen der inneren Verbundenheit und der gegenseitigen Verantwortung. In diesem Zeichen werden wir den politischen Gegner überwinden und siegen!»

Genau für diese Politik standen auch die Bundesräte der SVP in dieser Zeit: Minger und Wahlen. Man muss abgrundtief boshaft oder krank sein, um diesen Männern das zu unterstellen, was Georg Kreis ihnen und der SVP unterstellt hat.

Einstehen für die Demokratie, das Gegenteil von Fundamentalismus

Kommen wir zu einer weiteren Person, die unter allen Umständen in die EU will, und die bereit ist, dafür alles zu opfern, was unser Land ausmacht. Die Rede ist vom Zürcher Literaturwissen-

schaftler Peter von Matt, der kürzlich im «Tages-Anzeiger» vor «Selbst ernannten Schweiz-Besitzern» und «politische Fundamentalisten» warnte. Dreimal dürfen sie raten, wer gemeint ist. Richtig: Diejenigen, die die direkte Demokratie als System gut finden und nicht nur dann, wenn sie eine Abstimmung gut finden. Etwas, das Fundamentalismus ferner liegt, kann man sich kaum vorstellen.

Und dann sagt Professor von Matt: «Ich lasse mir mein Land nicht wegnehmen.» Pardon, wer will hier wem etwas wegnehmen? Wer will hier einen anderen Kurs als der, der unserem

Land über Jahrzehnte Friede und Unabhängigkeit gesichert hat? Wer zieht plötzlich in eine andere Richtung, und wer will am Bewährten festhalten?

Damit wir uns nicht falsch verstehen: Ich habe nicht gegen Änderungen. Aber das Neue muss besser sein als das Alte. Und bisher hat mir noch niemand erklären können, warum ich ein System, das mich zu einem Teil des Souveräns macht, aufgeben soll, damit einige Funktionäre in Brüssel mitbestimmen können. Für mich als Bürger ist klar, was hier besser ist. Ein Funktionär mag das anders sehen, aber das braucht uns an dieser Stelle nicht zu kümmern – wir sind schliesslich eine Volkspartei und haben für das zu kämpfen, was dem Volk zum Vorteil gereicht.

HERAUSGABE VON BANKKUNDENDATEN

SVP fordert zwingend eine PUK

Die Herausgabe von Bankkundendaten durch die FINMA und den Bundesrat im vergangenen Frühjahr war rechtswidrig. Die SVP fordert eine Parlamentarische Untersuchungskommission.

ZB. Die Erklärungen des Bundesrates im Anschluss an die Bundesratssitzung vom Mittwoch zeigen, dass eine PUK in Bezug auf die Herausgabe von UBS-Kundendaten zwingend ist. Dabei geht es um nicht mehr und nicht weniger als die Zukunft unseres Rechtsstaates und des Bankkündengeheimnisses.

Nebst einer PUK fordert die SVP den Bundesrat umgehend auf, das Doppelbesteuerungsabkommen mit den USA, wie bereits früher jenes mit Frankreich, solange zu sistieren, bis die Vorgänge rund um die Herausgabe der Kundendaten restlos geklärt sind. Die Herausgabe von Bankkundenda-

ten durch die FINMA und den Bundesrat im vergangenen Frühjahr war rechtswidrig.

Dem Land wurde bezüglich Rechtssicherheit und Bankkündengeheimnis grosser Schaden zugefügt. Die Erklärung, dass keine Zeit blieb für ein Amtshilfeverfahren ist nicht nachvollziehbar. Vielmehr scheint es so, dass die Führung in diesem Dossier gefehlt hat. Der Bundesrat hat versagt. Deshalb verlangt die SVP mit Nachdruck eine PUK, die restlos abklärt, wie es zur Herausgabe der Kundendaten gekommen ist und wer die Verantwortung in dieser für unser Land fatalen Angelegenheit trägt.

sifa
SICHERHEIT FÜR ALLE

Einladung zur 4. öffentlichen
sifa-Wintertagung zur Sicherheitspolitik

Samstag, 23. Januar 2010

9.45 – 12.00 Uhr

**Grossrats-Saal im Grossratsgebäude
Obere Vorstadt 10, 5000 Aarau**

KKdt André Blattmann,

Schweizer Armee

Sicherheit und Freiheit

*Nach dem Referat Diskussion mit dem Publikum
(Apero bis längstens 13.00 Uhr)*

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme.

sifa – SICHERHEIT FÜR ALLE – Aktion gegen Kriminalität
Postfach 23, 8416 Flaach

KANTONS RAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

Kantonsrat gegen Ungültigkeitserklärung der Sterbetourismus-Initiative

Diese Woche stand im Kantonsrat die Frage nach Gültigkeit oder Ungültigkeit einer Volksinitiative im Mittelpunkt. Wie auf eidgenössischer Ebene versuchte die Exekutive zusammen mit der Ratslinke eine Initiative, die ihr nicht in den Kram passte, vor dem Volksentscheid für ungültig zu erklären.



YVES SENN
KANTONS RAT SVP
WINTER THUR

Konkret ging es um die Volksinitiative «Nein zum Sterbetourismus im Kanton Zürich» von der EDU. Diese verlangt, dass der Kanton Zürich rechtliche Bestimmungen, welche jegliche Beihilfe zum Selbstmord an Personen ohne mindestens einjährigen Wohnsitz im Kanton Zürich (Sterbetourismus) nicht gestatten, und unter Strafe zu stellen habe. Der Regierungsrat und eine Mehrheit der Geschäftsleitung verlangte vom Kantonsrat nun die Ungültigkeitserklärung. Diese kann jedoch nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Ratsmitglieder beschlossen werden. Dank dieser Hürde konnte die SVP verhindern, dass die Exekutive immer mehr versucht, Volksentscheide mit vermeintlich juristischen Argumenten zu verhindern. **Jürg Trachsel** (SVP, Richterswil) betonte im Rat, dass unsere Fraktion aus zwei Gründen nicht für die Ungültigkeit stimmen wird. Erstens seien wir dezidiert der Auffassung, dass der Bundesgesetzgeber die strafbare Suizidhilfe nicht geregelt habe. Zweitens seien wir aus politischen Gründen der Auffassung, dass die Initianten, die in mühsamer Kleinarbeit die nötigen Unterschriften gesammelt haben, ein Recht auf einen

Volksentscheid haben (siehe Kommentar). **Claudio Zanetti** (SVP, Zollikon) erklärte, dass die Demokratie über dem Rechtsstaat steht. Die Demokratie lege die Regeln für unseren Staat fest. Das Volk solle die Möglichkeit haben, über diese Frage zu befinden. **Willy Haderer** (SVP, Unterengstringen) stellte zudem fest, dass auch wenn die Volksinitiative sachlich und materiell nicht richtig sei und abgelehnt werden müsse, müsse man diese trotzdem dem Volk vorlegen. Nach längerer Debatte beschloss der Kantonsrat die Volksinitiative nicht für ungültig zu erklären. Die Volksinitiative wird nun in den kommenden Wochen materiell behandelt und am 18. November 2010 zur Abstimmung gelangen.

Städtereferendum

Mit einer parlamentarischen Initiative (PI) forderte die FDP die Einreichung einer Standesinitiative in Bern mit dem Ziel, die institutionelle Stellung der Schweizer Städte zu stärken. Konkret soll den Städten ein fakultatives Referendumsrecht eingeräumt werden, wenn es um die Wahrung ihrer besonderen städtischen Interessen geht. Die vorberatende Kommission kam zum Schluss, dass die PI ungeeignet sei und beantragte deren Ablehnung. **Felix Hess** (SVP, Mönchaltorf) betonte im Rat, dass unsere Fraktion schon im August 2008 gegen die vorläufige Unter-

stützung der PI war. Auch die Landschaft und die kleinen Gemeinden dürfen nicht vergessen werden. Aus diesem Grunde würden wir an unserem staatlichen Aufbau festhalten. So sah es auch die Mehrheit des Rates und lehnte die PI mit 104 zu 63 Stimmen ab.

Opernhaus

Mit einer parlamentarischen Initiative (PI) forderte **Claudio Schmid** (SVP, Bülach), dass das Gesetz über die Unterstützung des Opernhauses Zürich durch den Kanton (Opernhausgesetz) geändert werden soll. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) kam zum Schluss, dass es wichtig sei, dass die Einflussmöglichkeiten des Parlaments auf die Steuerung des Opernhauses mit der Integration entsprechender Bestimmungen in das Opernhausgesetz gestärkt werden. Bei der letztmaligen Bewilligung des Rahmenkredits für das Opernhaus im Herbst 2006 kam es zu einem Kürzungsantrag, der nur ganz knapp abgelehnt wurde. Der Rahmenkredit insgesamt wurde allerdings nicht grundsätzlich bestritten. Die Debatte zeigte jedoch, dass der Kantonsrat angesichts des stattlichen Betrags, der jeweils für sechs Jahre zu sprechen ist, mehr Mitsprache bei der Steuerung des Opernhauses wünscht. **Samuel Ramseier** (SVP, Niederglatt) betonte als Präsident der KBIK, dass das bestehende Opernhausgesetz den Anforderungen nicht mehr genügt. **Claudio Schmid** betonte im Rat, dass es nicht sein kann, dass eine derart hohe Summe von Steuergeldern unkontrolliert an einer einzigen Kulturinstitution zukommt. Zudem sei es zu bedauern, dass der Regierungsrat nicht auf eigene Anregung eine Änderung vorgenommen habe.

Trotz Wirtschaftskrise seien die Kosten in den letzten zwölf Jahren sprunghaft angestiegen. Bei den anderen Parteien brachte die Gesetzesänderung keine Opposition. Die Gesetzesänderung geht nun in die Redaktionskommission und wird voraussichtlich in ein paar Wochen vom Kantonsrat genehmigt.

WECHSEL IN DER SVP-KANTONS RATSFRAKTION

Neue SVP-Kantonsräte

An der Kantonsratssitzung vom Montag wurden **Rolf Stucker, Armin Steinmann und Rolf Zimmermann im Zürcher Rathaus vereidigt.**

ZB. Rolf Stucker (SVP, Zürich) trat die Nachfolge der zurückgetretenen Cornelia Schaub (SVP, Zürich) an. Armin Steinmann (SVP, Adliswil) ist der Nachfolger des zurückgetretenen Ernst Stocker (SVP, Wädenswil). Rolf R. Zimmermann (SVP, Zumikon) trat die Nachfolge des zurückgetretenen Rolf Jenny (SVP, Herrliberg) an. Die drei neuen Mitglieder der SVP-Kantonsratsfraktion werden sich in dieser und den kommenden Ausgaben in der Rubrik «Ein Mitglied stellt sich vor» vorstellen (siehe Seite 4).

FRAKTIONSERKLÄRUNG

Kriminellenverhätchelung in Reinkultur

Das groteske Vorgehen unserer Kuscheljustiz nach einem brutalen Überfall von vier Jugendlichen auf ein Postauto sorgte für grosse Empörung in der Bevölkerung. Kantonsrat **Claudio Schmid** verlas dazu im Namen der SVP-Kantonsratsfraktion folgende Fraktionserklärung.



CLAUDIO SCHMID
KANTONS RAT SVP
BÜLACH

Am 15. Dezember 2009 verübten vier Jugendliche in Freiestein einen Raubüberfall auf ein Postauto. Dabei schlugen sie dem 61-jährigen Buschauffeur eine zuvor entwendete Ordonnanzwaffe über den Kopf und fügten ihm eine blutende Wunde am Ohr zu. Die Täter flüchteten mit einer Beute von 974 Franken.

Da die Täter nicht nur brutal, sondern auch Dummköpfe sind, die alle im Umkreis von wenigen hundert Metern um den Tatort wohnen, konnten sie rasch gefasst werden. Sie konnten das Gefängnis allerdings bereits am 24. Dezember wieder verlassen. – Es sei schliesslich Heiligabend, und gewiss möchten sie Weihnachten im Kreise der trauten Familie verbringen. Wo und unter welchen Umständen der verletzte

Buschauffeur wohl seine Weihnachten verbringen würde, interessierte nicht.

Geradezu grotesk wirkt in diesem Zusammenhang die Aussage, es seien Kontakt- und Rayonverbote ausgesprochen worden. Das dürfte den Banditen beim Singen von «Stille Nacht» gewiss arg auf die Stimmung gedrückt haben.

Auf der Website des «Tages-Anzeigers» sorgte die entsprechende Meldung berechtigterweise für Empörung unter der Leserschaft. Nur ein Gemeinderatskandidat der Grünen Partei hielt es für angebracht, die SVP für diese Posse unserer Kuscheljustiz verantwortlich zu machen. Im Bezirk Bülach sei die SVP schliesslich sehr stark, und es sei darum sehr wahrscheinlich, dass ein SVP-Mitglied als Haftrichter fungierte, lautete die überzeugende Begründung.

Nada! Richter der Volkspartei denken nämlich ans Volk, und betrachten es als ihre vornehme Aufgabe dieses vor Kriminellen zu schützen. Es waren der

Sozialdemokrat Manuel Hüsler und die Christlichdemokratin Esther Hauser, die für die Haftentlassungen verantwortlich sind. Mit nur wenig Aufwand hätte in Erfahrung gebracht werden können, dass drei der vier Jugendlichen im gleichen Zeitraum nämlich auch noch einen Einbruch verübt haben. Doch offensichtlich sollte auch die eigene Weihnachtsfeier nicht mit Arbeit belastet werden.

Solche Kriminellenverhätchelung untergräbt das Vertrauen der Bevölkerung in die Justizbehörden und schadet dem Gerechtigkeitsempfinden. Wir von der SVP rufen darum alle anderen Parteien dazu auf, nur noch Personen als Richterinnen und Richter zu nominieren, die sich ihrer Verantwortung bewusst und ihr gewachsen sind. Ansonsten werden wir unsere Verantwortung wahrnehmen und aus ihren Reihen niemanden mehr wählen, der nicht schriftlich erklärt hat, dass er gewillt ist, Kriminelle wie Kriminelle zu behandeln.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Das Volk hat bei der SVP das letzte Wort



JÜR G TRACHSEL
KANTONS RAT SVP
RICHTERSWIL

Am vergangenen Montag galt es für den Kantonsrat, den Beschluss über die Volksinitiative «Nein zum Sterbetourismus im Kanton Zürich» zu fassen. Grundsätzlich kein Geschäft, das hohe Wellen werfen sollte, wäre da nicht der Antrag auf Ungültigkeitserklärung der Initiative des Regierungsrates gewesen.

Hintergrund und Anlass für die Einreichung der Initiative ist der Aufschrei und die Empörung der Bevölkerung überall dort im Kanton Zürich, wo der bekannte Sterbehelfer **Ludwig A. Minelli** und seine Organisation «Dignitas» auftauchen. Das Problem harrt bis zum heutigen Tag einer Lösung. Der Regierungsrat hat wenig bis nichts in dieser Angelegenheit unternommen. Deshalb haben aktive Bürgerinnen und Bürger die Sache selber in die Hand genommen und in mühsamer Kleinarbeit Unterschriften

gesammelt und die die Volksinitiative «Nein zum Sterbetourismus im Kanton Zürich» eingereicht. Dass der Regierungsrat zusammen mit Grünen und Linken, Freisinnigen, Christdemokraten am vergangenen Montag nun versucht hat, die Initiative mit juristischen Behauptungen zu bodigen, konnten SVP, EVP und EDU nicht hinnehmen. Die SVP will das Problem, das viele Bürgerinnen und Bürger in unserem Kanton Zürich beschäftigt, in einer kantonsrätlichen Kommission beraten und alsdann das Volk über Initiative und einen allfälligen Gegenvorschlag abstimmen lassen.

Wir leben in einer direkten Demokratie, bei uns soll und muss das Volk das letzte Wort haben. Tendenzen, wie wir sie im Vorfeld der Minarettinitiative oder der Ausschaffungsinitiative erlebten und erleben, ist entschieden entgegenzutreten. Aus dieser tiefen Überzeugung heraus hat sich die SVP denn auch mit ihrer ganzen Kraft für die Gültigkeit der Initiative eingesetzt und Recht erhalten.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONS RAT HAT AM MONTAG ...

- ... Armin Steinmann (SVP, Adliswil) neu im Kantonsrat vereidigt. ☺
- ... Rolf Zimmermann (SVP, Zumikon) neu im Kantonsrat vereidigt. ☺
- ... Rolf Stucker (SVP, Zürich) neu im Kantonsrat vereidigt. ☺
- ... ein Postulat betreffend Änderung der Stipendienverordnung für dringlich erklärt. ☹
- ... dem Gemeindegesetz zugestimmt. ☺
- ... die Volksinitiative «Nein zum Sterbetourismus im Kanton Zürich» nicht für ungültig erklärt. ☺
- ... eine Standesinitiative für ein Städtereferendum in der Bundesverfassung abgelehnt. ☺
- ... die erste Lesung des Gesetzes über die Unterstützung des Opernhauses Zürich durch den Kanton abgeschlossen. ☹

11.1.2010

Heute Abend

22. Albisgüetli-Tagung 2010
SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Live auf Schweiz 5 und im Internet!

ZB. Heute Freitag, 15. Januar 2010, findet im Schützenhaus Albisgüetli zum 22. Mal die traditionelle Albisgüetli-Tagung der SVP des Kantons Zürich statt.

Der Fernsehsender Schweiz 5 wird die Veranstaltung live übertragen. Zudem wird der Parteitag der Zürcher SVP auf der Website www.svp-zuerich.ch mitzuverfolgen sein.

Die Reden sind auch einige Minuten verzögert im Archiv der Webseite www.schweiz5.ch abrufbar.

EIN SVP-MITGLIED STELLT SICH VOR

Rolf Stucker



Alter: 52 Jahre
Beruf: Leiter Jugenddienst Stadtpolizei Zürich
Gemeinde: Stadt Zürich

Seit wann sind Sie Mitglied bei der SVP und warum sind Sie beigetreten?

Während den Jugendunruhen, beginnend mit dem Opernhaus-Krawall am 30.5.80, setzte sich nur eine Partei für uns Polizisten ein, nämlich die SVP. Dies bewog mich, noch im selben Jahr der SVP beizutreten.

Wie engagieren Sie sich innerhalb der Partei?

Seit Herbst 2002 bin ich Gemeinderat im städtischen Parlament. Vorgänger war ich mehrere Jahre als Schulpfleger tätig. Seit dem 11. Januar 2010 bin ich Mitglied des Zürcher Kantonsrates.

Was wünschen Sie sich für die Schweiz?

Erhalt der direkten Demokratie sowie eine Stärkung der Unabhängigkeit.

Welcher Politiker ist Ihr Vorbild und warum?

Kein politisches Vorbild. Mit grossem Interesse habe ich jedoch die Werdegänge von Christoph Blocher und Ueli Maurer verfolgt.

Was sind Ihre nächsten persönlichen Projekte?

Politisch die rasche Einarbeitung in die komplexen Vorlagen des Kantonsrates. Beruflich die Hoffnung, dass sich Untersuchungsbehörden und die Justiz bewusster werden, was milde Urteile bei Opfern aber auch Tätern sowie deren Umfeldern auslösen.

FÜR EINEN GUTEN ZWECK

Erfolgreicher Skateathon der Jungparteien von SVP und FDP

Unter dem Patronat der JSVP und der Jungfreisinnigen Bezirk Meilen fand am 7. Januar 2010 auf der Eisbahn Uetikon am See der 3. Skateathon zugunsten eines karitativen Zwecks statt.

JSVP. Bei diesem Sponsorenlauf auf Schlittschuhen wurden mit jeder gelaufenen Runde Beträge gesammelt, die vollumfänglich der Kinder-Spitex des Kantons Zürich zugute kommen. Den Jungparteien ist es ein grosses Anliegen, dass von einer schweren Krankheit geplagte Kinder zuhause gepflegt werden können und ihr Leben nicht im Krankenhaus verbringen müssen. Dank der beachtlichen Leis-

tung von Schlittschuhläufern von Jung bis Alt und der grossen Unterstützung durch die Sponsoren konnte der Kinder-Spitex der stattliche Betrag von über 4100 Franken überwiesen werden. Die Organisatoren des Anlasses danken Läufern und Sponsoren ganz herzlich für ihren grossen Einsatz und die grosszügigen Spenden! Der Anlass wird auch im nächsten Jahr wieder durchgeführt.



Beim Überwinden: Fritz Hofmann (SVP Oetwil am See, rechts), im Wettlauf um Sponsorengelder.

VEREIN FÜR AKTIVE SENIOREN

Herzliche Einladung zur öffentlichen Veranstaltung mit Zvieri

Donnerstag, 21. Januar 2010, um 14.30 Uhr im Restaurant Elefant im Zentrum Witikon Witikonstrasse 279, 8053 Zürich

An einem gemütlichen Nachmittag mit Zvieri stellen wir Ihnen die Spitzenkandidaten der SVP 7 für den Zürcher Gemeinderat vor. Über Altersfragen sprechen:
Urs Fehr, selbst. Immobilienverwalter, 8044 Zürich
Lorenzo Leutenegger, Account Manager, 8032 Zürich

Gäste und Interessenten sind willkommen (keine Anmeldung).

Verein für aktive Senioren
 Der Präsident:
 Theo Toggweiler, Kantonsrat

Ihr Partner im Zürcher Unterland und Grossraum Winterthur

MICHELIN
MULTIBIB

- Breitreifen Serie 65
- für Schlepper bis 200 PS
- bodenschonend

NEU

Kleber
FITKER

- Breitreifen Serie 70
- starke Zugkraft
- hoher Fahrkomfort

PNEUHAUS WEGMANN

Pneuhaus Wegmann AG
 Ringstrasse 2
 8317 Tagelswangen
 Tel. 052 343 11 68
 Fax 052 343 67 32
 info@pneuhaus-wegmann.ch

LESERBRIEFE

Rücktritt von Bundesrat Merz

Als Dank für sein Lebenswerk (er baute u.a. den Linth-Kanal) wurde Hans Conrad Escher (1767–1823) von den Regierungen der Kantone Zürich, Schwyz, Glarus und St. Gallen) mit dem Namenszusatz «von der Linth» geehrt. Eine ähnlich verdienstvolle Tat wie seinerzeit Escher könnte Merz

vollbringen, nämlich sofort zurückzutreten. Wäre es verfehlt, ihm nach seinem Rücktritt den Namenszusatz «von und zu Tripolis» zu verleihen, vorausgesetzt Gaddafi ist einverstanden?

Otto Weiersmüller, Uetikon

«Kassenwart» Hans-Rudolf Merz im Dienste der UBS?

Die täglichen Hiobsbotschaften aus dem Finanzdepartement von H. R. Merz zeigen mit aller Deutlichkeit, dass der Bundesrat seinen Aufgaben längst nicht mehr gewachsen ist. Das Schweizer Recht wird vom Chef des Finanzdepartementes mit Füssen getreten und niemand in der Internationalen Völkergemeinschaft nimmt uns mehr ernst. Er hat der Staatengemeinschaft einmal mehr bewiesen, wie rückgratlos und erpressbar wir «Alpensöhne»

geworden sind. Wichtig scheint mir bei diesem «Deal», wir können wieder «gschäften und händelen» – fernab jeder Moral. Hans Rudolf Merz wird jetzt schon als einer der schwächsten Bundesräte in die Geschichte unseres Landes eingehen – es wird nicht viel Positives, Nachhaltiges aus seiner Bundesratsstätigkeit in Erinnerung bleiben.

Walter Egli, Zürich

Schulreformen: Es gilt raschmöglichst zu handeln

Die Kolumne von Rolf Siegenthaler im letzten «Zürcher Boten» trifft den Nagel auf den Kopf. Kaum jemand bestrittet noch, dass die Belastung der Lehrkräfte ein Ausmass angenommen hat, welches die Qualität unserer Schule und das Leistungsniveau der Klassen immer mehr beeinträchtigt. Weit oben auf der Liste der in einer Studie befragten Lehrpersonen figuriert die mit dem neuen Schulgesetz eingeführte Integration von Schülern «mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen», das heisst, die Aufhebung von Kleinklassen und die Eingliederung dieser Kinder in Normalklassen gehört zu den Hauptfaktoren des Belastungsproblems. Für wenige Schüler wird ein ungeheurer Aufwand betrieben, der bei nüchterner Betrachtung in keiner Weise gerechtfertigt ist und die erhofften Resultate mitnichten bringt.

Sinne einer hohen Schulqualität ... Vollends unhaltbar wird die Situation dort, wo «integrierte» Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten den Unterricht stören; da hilft auch der beste Therapeut nichts, der einige Lektionen bei seinem Kunden sitzt und diesen in der übrigen Zeit dem Klassenlehrer allein überlässt. Und als Clou der ganzen missglückten Neuerung vernahm man kürzlich noch die Äusserung eines Fachmanns im sonderpädagogischen Sektor, welcher darlegte, diese Eingliederung in Normalklassen bringe in vielen Fällen den integrierten Kindern überhaupt nichts, denn sie fühlten sich dort oft gar nicht wohl, weil die Kameraden und auch sie selber ständig merkten, dass sie eben doch Sonderfälle seien.

Die verschiedenen Nachteile sind jedoch enorm. Im finanziellen Sektor bin ich ebenfalls der Ansicht, dass die Integration per saldo bedeutend mehr kostet als das System mit den Kleinklassen. Ferner verschlingen die vielen Absprachen, Besprechungen und Planungen zwischen Lehrer und Therapeuten enorm viel Zeit – und eben wohlverstanden nur für einzelne Kinder. Die zeitlichen Möglichkeiten jeder Lehrperson sind aber beschränkt, also wird sie irgendwo ausgleichen müssen, und Herr Wendelspiess aus der Bildungsdirektion wusste auch gleich dazu Rat. Der Lehrer müsse halt selbst irgendwo Zeit einsparen, was im Klartext nichts anderes heisst, als beim Unterricht für die ganze Klasse abstreichen, also z.B. keine Aufsätze mehr schreiben lassen und überhaupt weniger korrigieren usw. – ganz im

Dem Fazit der Kolumne, welches sofortigen Übungsabbruch fordert, ist deshalb absolut beizupflichten. Die Schulpfleger sollten, auch finanziell, Türen und Hintertüren finden, um sich das bewährte System der Kleinklassen nicht nehmen zu lassen bzw. wieder einzurichten, bevor noch mehr Schaden angerichtet wird. Und bei Wahlen in Behörden sind in diesem Bereich die Kandidaten genau unter die Lupe zu nehmen. So steht z.B. im Zürcher Schulkreis Uto die Wahl eines neuen Schulpräsidenten an, und vorgeschlagen ist je eine Person der GP, der SP und der FDP. Es wäre da interessant zu wissen, ob der bürgerliche Kandidat immer noch im Fahrwasser der Linken die Integration hochjubelt oder ob er etwas gemerkt hat und auch gewillt ist, Korrekturen anzustreben. Merken allein genügt nämlich nicht, nun gilt es auch raschmöglichst zu handeln.

Hans-Peter Köhli, Zürich

HEIZOELHAURI

Dieselöl Benzin

Th. Hauri Brennstoffe AG
 Wehntalerstrasse 366 8046 Zürich
 Telefon 044 371 27 75 / 371 28 88

Mit Sicherheit das Pneuhaus mit den vernünftigen Preisen!

OTTO SCHAUFELBERGER HINWIL

Fabrikstr. 3, Tel. 044 937 43 91

Für Inserate

Tel. 044 722 77 76, Fax 044 720 10 78
 inserate@zuercher-bote.ch

SVP Nürensdorf besucht das

Freitag, 29. Januar 2010

09.00 Uhr: Führung durchs Bundeshaus
 12.00 Uhr: gemeinsames Mittagessen
 Kosten: Transport (ab 15 Personen Car) Fr. 50.–

Anmeldung an Thurgi Schwendener unter thurgischwendener@sunrise.ch oder 079 430 91 01

WAHLKAMPFAUFTAKT DER SVP STADT ZÜRICH

Mut zur Schweiz – für ein prosperierendes Zürich

Am Donnerstag von letzter Woche startete die SVP der Stadt Zürich mit einer gut besuchten Veranstaltung in den Stadtrats- und Gemeinderatswahlkampf 2010.



▶ Alt Bundesrat Christoph Blocher zeigte unmissverständlich auf, wie wichtig eine starke SVP für die Stadt Zürich ist.

◀ Gemeinsam für die Stadt Zürich: Stadtparteipräsident Roger Liebi, Stadtratskandidat Karl Zweifel und Gastreferent Christoph Blocher.

«Einstehen für die Schweiz» mit dem Volksmusik-Ensemble «Alderbuebe».



Stadtratskandidat Karl Zweifel betonte in seiner Rede, dass die SVP die einzige Partei ist, die Politik für das Volk betreibt.



Fotoreportagen aller Art!

Unser SVP-Fotograf, Kantonsrat Christian Mettler, steht auch den Lesern des Zürcher Bote / Zürcher Bauer gerne zur Verfügung.

Anfragen: Telefon 079 689 29 71, E-Mail: cmettler@hispeed.ch

Fortsetzung von Seite 1

Die Zürcher Gemeinden brauchen noch mehr SVP

Oder geschieht das etwa zu Lasten der Schweizer, der Zürcherinnen und Zürcher? Die Diskussion um die Anstellungsverfahren an den Universitäten und Spitälern ist ja in vollem Gange – im Übrigen x-fach belegt durch Zuschüssen von Professoren und Studenten.

Welche Auswirkungen hat die massive Migration auf unsere Sozialwerke? Wer bezahlt das alles? Welche Auswirkungen hat die ungebremste Migration auf die Kapazitäten des öffentlichen Verkehrs und den Strassenverkehr? Kann es sein, dass verspätete und volle Züge oder Trams, dass Staus auch die Folge davon sind? Ich denke ja, natürlich. Wer bezahlt das letztlich? Welche Auswirkungen haben die vielen Ausländer auf unsere Identität? Wer sich heute als Eltern oder Schulpfleger mit der Volksschule auseinandersetzt, weiss: Unseren Schülern wird kaum noch Schweizer Geschichte – von Zürcher Geschichte ganz zu schweigen – vermittelt. Da wollte die sozialdemokratische Regierungsrätin doch tatsächlich das Singen christlicher Weihnachtslieder in der Schule untersagen. Unsäglich. Wie soll denn der erfolgreiche Sonderfall der Schweiz weitergeführt werden, wenn man mutwillig unsere Identität unter den Tisch kehrt. Treffender als Friedensreich Hundertwasser kann man diese Entwicklung nicht beschreiben: «Wer seine Wurzeln vernichtet, der kann nicht wachsen. Wer seine Vergangenheit nicht ehrt, der kann nicht wachsen!»

Am Bürger vorbei

Mit der Migration und der anschließenden Einbürgerung ebnen Linke und Naive den Boden für mögliche neue Wähler. Da gilt es einen Riegel zu schieben. Linke, Naive und die Macht-hungrigen in unserem Kanton streben zudem mehr und mehr an, sich des lästigen Stimmbürgers zu entledigen. Die Schaffung der sogenannten Metropolitanregion – unter Federführung der Stadt Zürich – mit einem Metropolitanrat spricht dazu Bände. Haben Sie schon einmal gehört, dass Sie die Mitglieder dieses Rates wählen können? Nein. Denn der gewöhnliche Bürger soll da nichts zu sagen haben!

Gewerbefeindlich und respektlos

In der Flughafenfrage, bei der Neat, beim Bankgeheimnis, bei allgemeinen Steuerfragen, bei der Mehrwertsteuer, bei Gebühren und Abgaben – immer mehr wählen die Regierungen und Parlamente der Schweiz den europäischen Weg. Sie übernehmen gleichzeitig die Rezepte von deutschen, spanischen, französischen, griechischen, italienischen, englischen und irischen Politikern, die allesamt ihre Volkswirtschaften an den Rand des Ruins getrieben haben. Nicht mehr Gewerbeförderung steht im Vordergrund – der Zürcher FDP-Stadtrat Vollenwyder erklärte mehrfach, dass das Gewerbe nichts bringe, schon gar keine Steuereinnah-

men –, sondern das Buhlen um internationale Marken. Der Wettkampf über das umfassendste Kulturangebot steht im Mittelpunkt. Regulierungen und Verbote nehmen zu. Immer mehr übernehmen Staat, Kanton und Städte Aufgaben, welche ohne weiteres durch Private ausgeführt werden könnten. Kein Wunder steigt die Staatsquote stetig. Dies zu Lasten von Gewerbe und Arbeitnehmer.

Namentlich die linken Parteien arbeiten unter Hochdruck daran, aus dem Sonderfall Schweiz ein Rädchen im Massenprodukt Europa zu machen. Deswegen braucht es in allen Gemeinden des Kantons Zürich noch mehr SVP, weil nur eine Partei, die Mut zur Schweiz zeigt, die für die Schweiz und ihre Besonderheiten vorbehaltlos einsteht, Garant ist für sichere Arbeitsplätze, für Wohlstand und Freiheit!

Es dürfte unter diesen Umständen eine Frage der Zeit sein, bis auch die Wähler der Stadt Zürich merken, wohin sie von Linken, FDP und CVP geführt werden. 8,5 Milliarden Franken oder umgerechnet 25 000 Franken pro erwachsenen Einwohner betragen die Schulden der Stadt bereits. Jeder Jungbürger startet mit Schulden – was für eine respektlose Perspektive!

Es braucht mehr SVP

Eine linke Stadtratskandidatin verkündet in vollem Ernst, dass sie die Wohnungsnot dadurch bekämpfen will, dass keine Gewinne mehr auf Immobilien erzielt werden können und dass ein Drittel aller Wohnungen gemeinnützig sein müssen. Gingen nicht erst vor wenigen Jahren wegen solchen sozialistischen Rezepten ganze Staaten in Europa zugrunde?

Die Tendenz geht auch in der Stadt Zürich Richtung Sozialismus. Da behindern Linke und Grüne bewusst und mit System den Individualverkehr, bauen Parkplätze ab, bevormunden bau- und umbauwillige Immobilienbesitzer mit unzähligen Vorschriften, schikanieren Gewerbetreibende mit Auflagen, lassen durch die Stadt eigene Schreinerbetriebe, Velowerkstätten, Cateringunternehmen, Reinigungsdienste usw. führen und beklagen danach zu wenige Arbeits- und Lehrungsplätze. Da stehen auch FDP-Stadträte für die 2000-Watt-Gesellschaft und den Ausstieg aus der billigsten und nachweislich saubersten Energie, der Kernkraft, ein. Da wird über Jahre gepredigt, dass Sozialhilfemissbrauch eine Erfindung der SVP sei. Kein Wunder führten doch die angebotsorientierte Sozialhilfepolitik und der Multikulti in der Stadt Zürich zu einem effektiven Ausländeranteil von bestimmt 40 Prozent: 31,2 Prozent effektive Ausländer, 8 Prozent Eingebürgerte (in den letzten 8 Jahren!) plus Asylbewerber, plus illegal Anwesende ...

Es gilt «Einstehen für die Schweiz» – mehr denn je. Dazu braucht es dann und wann auch Mut. Und es braucht mehr SVP!

EINLADUNG WAHLKAMPF-VERANSTALTUNG mit Mauro Tuena und Dr. med. Karl Zweifel

Sehr geehrtes SVP-Mitglied

Damit Sie die Gemeinderatskandidaten des Kreises 7 und 8 und unsere beiden Stadtratskandidaten kennenlernen können, laden wir Sie herzlich zu einem gemütlichen Abend ein, und zwar am:

Dienstag, 9. Februar, 19.30 Uhr
Restaurant Elefant, Zentrum Witikon
Witikonerstr. 279, 8053 Zürich

Gäste sind unsere Stadtratskandidaten
Mauro Tuena und Dr. med. Karl Zweifel

Patric Egglar
 Präsident SVP Zürich 8



Fadegrad

Schwulesbischer
Wahlkampf

VON ROLF A.
SIEGENTHALER

Wie gut eine Minderheit in die Gesellschaft integriert ist, lässt sich unter anderem daran erkennen, wenn sich deren Mitglieder in aller Öffentlichkeit an den Karren fahren. Schwule, die Transparente zeigen, auf denen steht: «Weniger Schall und Rauch», sind auf jeden Fall spannend. Ist es möglich, dass Homosexuelle – wie andere Leute auch – ein Leben neben ihrer sexuellen Neigung haben? Kann es sein, dass Homosexuelle eine politische Meinung haben, die nicht primär aufgrund ihrer besonderen Vorlieben geprägt ist, sondern aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit? Na, aber sicher ist das so! Gerne erinnere ich mich an diese Wahlkampfveranstaltung im Jahr 2002, als eine Schwulenorganisation zum Diskurs bat. Damals vertrat ich meine noch heute gültige Meinung, nach der es jedem und jeder völlig unbenommen sei, sich seiner sexuellen Orientierungen zu erfreuen, wie es ihm oder ihr beliebt, solange man sich von Kindern fernhält, niemanden in seiner Integrität beschädigt, im Rahmen des Gesetzes bleibt und insbesondere nicht das Geld der Allgemeinheit für seine Steckenpferde verpulvert. Im Anschluss ans Podium ergaben sich einige interessante Diskussionen mit den Gastgebern. Einer der Initianten sagte mir, er denke in den meisten Punkten so wie die SVP. Er habe nämlich ein eigenes Geschäft mit Mitarbeitern und als KMU bleibe einem nun wirklich nichts anderes übrig, als der SVP Recht zu geben. Nur eben, die eingetragene Partnerschaft, die wolle er doch. Also gut, die kriegte er dann auch und das Abendland ist zum Glück trotzdem nicht untergegangen. Dafür sehen wir ein beiderseits männliches Ehepaar, das sich mit der bekennend lesbischen Stadtpräsidentin anlegt. Das irritiert offensichtlich auch die Stadtmuttervater – oder so. Sie forderte jedenfalls mit etwas schriller Stimme Anstand. Das ist nie falsch und ebnet den Weg zur respektvollen Diskussion. Nur diese wollen die beiden ehemaligen Betreiber der Nervous-Bar nicht. Sie werfen der Stadtregierung vor, sie aufgrund von Misswirtschaft in den Bankrott getrieben zu haben. In den Blogs wird jetzt gewerweiss, ob es gerechtfertigt sei, Lesben generell als schwulenfeindlich zu bezeichnen, weil diese als Vertreterinnen der eher männlichen Seite im Weib die eher weiblichen schwulen Männer nicht ausstehen könnten. Wem hierbei der englische Ausdruck «queer» in den Sinn kommt, ist kaum weit weg vom G-Punkt. Ich meine, jetzt zu wissen, was damit gemeint ist. Jedenfalls scheint die Minderheit der Homosexuellen in unserer Stadt inzwischen so gross zu sein, dass Platz ist für politische Auseinandersetzungen jenseits der Gaypride. Es gibt ja auch Polizisten, die rosa Plüschhandschellen den chromglänzenden vorziehen. Bleibt nur eine Frage: Wann gründet die SVP neben der Frauengruppe und der Jungen SVP die Pinke SVP? Marktlucke?

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Heftiger Widerstand gegen geplante
staatliche Bevormundung

Hauptgeschäft dieser 173. Sitzung des Zürcher Gemeinderates war die Allgemeine Polizei-Verordnung (APV).



DANIEL REGLI
GEMEINDERAT SVP
ZÜRICH 11

Im Mai 2009 hatte der Stadtrat dem Parlament den Entwurf zu einer neuen APV vorgelegt. Diese Verordnung regelt die Arbeit der Gemeindepolizei und soll für die Bürger die «Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung sicherstellen. Auch sollen Personen und Eigentum vor Schädigungen und Gefahren jeglicher Art» geschützt werden.

Ungewöhnliche Allianz

Wie üblich war der Entwurf aus dem Departement der Polizeivorsteherin Esther Maurer SP der zuständigen Spezialkommission zur Beurteilung vorgelegt worden. Schnell bildete sich dort eine ungewöhnliche Allianz aus den Vertretern von SVP, FDP, Grünen und AL (Alternative Liste), die den Text als überrissenes, gewerbefeindliches, bevormundendes Regelwerk einstufte. Primärer Kritikpunkt der Kommissionsmehrheit war die Überreglementierung des kommunalen Lebens, das laut Gemeinderat Bruno Amacker SVP an die Gesetzgebung der DDR erinnert.

Anti-SVP-Paragrafen

Im Detail wurden u.a. folgende Verbote und Einschränkungen zurückgewiesen:

- Das Reparieren von Fahrrädern auf Strassen oder Trottoirs
- Das Füttern von Tieren (z.B. Tauben, Möwen) im öffentlichen Raum
- Das Grillieren ausserhalb definierter Grillzonen
- Der Konsum von Alkohol auf Spielplätzen
- Auch der Verkauf von Alkohol in Fussballstadien soll während Hoch-

risikospielen verboten werden. Ebenfalls will die APV Restaurants, Tankstellen und Detailhändler im Umfeld der Stadien mit zeitlich befristeten Alkoholverkaufs-Verboten belegen.

- Die Mittagsruhe für lärmintensive Tätigkeit (z.B. Baustellen) soll von einer Stunde auf zwei verlängert werden.
- Plakate, die «von öffentlichem Grund aus sichtbar sind und welche Dritte erheblich stören und belästigen...», sind verboten.»

Verständlich, dass gerade für die SVP die versuchte Einschränkung des Plakataushangs (Art. 17, 2) ein inakzeptables Vorgehen darstellt. Hier handelt es sich offenbar um einen veritablen Anti-SVP-Paragrafen.

Ärgste Auswüchse verhindern

Nach zähen Diskussionen hatte die ablehnende Mehrheit der Spezialkommission beschlossen, die APV ans Polizeidepartement zurückzuweisen und eine neue Vorlage zu verlangen. Zu wenig seien die ausführlich dargelegten Wünsche und Bedürfnisse der Parteien in den Gesetzesentwurf eingeflossen.

Dieser Rückweisungsantrag wurde nun dem Gemeinderat vorgelegt. Die Wogen gingen hoch und eine Vielzahl von Votanten/-innen machte ihrem Unmut Luft. Schliesslich folgte der Rat aber den SP/CVP/EVP-Voten und sprach sich mit 62:60 Stimmen dagegen aus, die APV ans Polizeidepartement zurückzuweisen.

Die Mehrheit der Spezialkommission wurde gemahnt, nun endlich ihre Arbeit zu machen und den Gesetzestext in annehmbare Form zu giessen. Die SVP-Vertreter werden sich dieser Aufgabe beherzt stellen, um die ärgsten Auswüchse der Bevormundung durch eine künftige APV möglichst zu verhindern.

SVP WINTERTHUR

Kreisschulpflege Oberwinterthur
politisch nicht mehr neutral

Ob die Grundstufe sich wirklich positiv für die Bildung unserer Kinder auswirkt, ist sehr umstritten. Um dies zu überprüfen wurden entsprechende Versuche gestartet. Am kantonalen Versuch, welcher auf Ende des Schuljahres 11/12 ausläuft, ist auch der Schulkreis Oberwinterthur beteiligt.



DANIEL OSWALD
KANTONS RAT SVP
WINTERTHUR

Die SVP Winterthur nimmt mit Befremden zur Kenntnis, dass die Kreisschulpflege Oberwinterthur mit offiziellem Beschluss dem Unterstützungskomitee der «Prima-Initiative» beigetreten ist und die KSP-Mitglieder zur Unterschriftensammlung auffordert. Diese Initiative fordert einerseits die Verlängerung der Kindergartenstufe um mindestens ein Jahr sowie das altersdurchmischte Lernen. Der Präsident der Kreisschulpflege Oberwinterthur ist gar namentlich auf der Homepage in der Funktion als KSP-Präsident aufgeführt.

Die SVP Winterthur fordert die KSP Oberwinterthur aus folgenden Gründen zum Austritt aus dem Unterstützungskomitee und zum Verzicht auf entsprechende Unterschriftensammlungen auf.

Verlorene Objektivität

Unterschriftensammlungen werden von Parteien und Verbänden, welche

privat finanziert sind, durchgeführt. Die Unterstützung durch eine Exekutivbehörde, welche mit Steuergeldern finanziert ist, ist politisch bedenklich.

Die Kreisschulpflege ist mit dem Beitritt zum Unterstützungskomitee politisch nicht mehr neutral. Als vorgeetzte Behörde von Schulleitern und Lehrern kann dies zu kritischen Situationen führen. Wie geht die KSP mit Mitarbeitern um, welche sich gegen «Prima» aussprechen? Stellt die KSP Oberwinterthur nur mehr Lehrerinnen und Lehrer an, welche für «Prima» sind?

Mit dem Beitritt zum Unterstützungskomitee gefährdet die Kreisschulpflege Oberwinterthur die Objektivität des Schulversuchs. Wie geht die KSP Oberwinterthur zukünftig mit Erkenntnissen aus dem Versuch um, welche gegen «Prima» sprechen? Werden die Versuche überhaupt noch objektiv ausgewertet?

Unabhängig davon, ob man aus fachlicher Sicht für oder gegen die Initiative ist, entbehrt das Verhalten der KSP Oberwinterthur jeder Sensibilität und jedem Verantwortungsgefühl.

FRAKTIONSERKLÄRUNG

Realitätsfremde Polizeiverordnung

Der Neuerlass der allgemeinen Polizeiverordnung wurde diese Woche im Gemeinderat der Stadt Zürich behandelt. Fraktionspräsident Mauro Tuena verlas folgende Fraktionserklärung.

GEMEINDERAT
MAURO TUENA
FRAKTIONSCHIEF SVP
ZÜRICH 4/5

Der Neuerlass der allgemeinen Polizeiverordnung der Stadt Zürich (APV) soll – so Polizeivorsteherin Esther Maurer – «Regeln des Zusammenlebens» beinhalten. In 29 Artikeln wurden seitens des Stadtrats diese Regeln minuziös festgehalten. Herausgekommen ist ein engstirniges und kleinkariertes Regelwerk, das beinahe doppelt so dick ist wie das alte, fernab jeglicher Realität einer lebendigen Grossstadt.

So soll neu zum Beispiel in Artikel 15 das Reparieren eines Velos auf einem öffentlichen Trottoir verboten werden. Problematisch ist sicherlich auch der neue Artikel 6 mit sogenannten alkoholfreien Zonen. Ein solcher Artikel trifft die Restaurateure in einer

unzulässigen und unsinnigen Art und Weise. Ebenfalls überdacht werden muss Artikel 25, welcher den Bauunternehmungen derart grosse Knüppel vor die Füsse wirft, dass ein effizientes Werken kaum mehr möglich ist. Dass diese Polizeiverordnung das freie Herumlaufen mündiger Bürger in Zürich noch zulässt, ist angesichts dieses Paragraphenschungels erstaunlich.

Die SVP-Fraktion wird die motivierte und begründete Rückweisung dieses Werks, verbunden mit einem klaren Auftrag an den Stadtrat, unterstützen. Die allgemeine Polizeiverordnung muss so schlank wie möglich ausgestaltet sein. Viele Punkte sind bereits in übergeordneten Gesetzen geregelt. Artikel, welche in der Praxis kaum umzusetzen sind, sind wegzulassen. Ebenfalls wegzulassen sind Artikel und Ideen weltfremder Ideologien.

Fondueplausch SVP 11

29. Januar 2010, 19.00 Uhr

Vereinshütte der SKG
(Terrain für Hundedressur, Nähe Versuchsanstalt, Reckenholzstrasse),
Zürich-Affoltern.

Preis pro Person Fr. 20.– (exkl. Getränke)

Anmeldung via E-Mail
svp.zh11@bluewin.ch oder
Telefon 044 372 03 26



In den Stadtrat

Dr. med. Karl Zweifel
Mauro Tuena

Unsere Stadtratskandidaten Gemeinderat und Fraktionspräsident Mauro Tuena sowie Dr. med. Karl Zweifel, die Gemeinderatskandidaten der SVP, Regierungsrat Ernst Stocker, Nationalrat Alfred Heer und die Mandatsträger der SVP Zürich Nord werden zu Ihnen sprechen. Auch Sie und alle Besucher haben die Gelegenheit, auf dem Schiit-Stock ihre Meinung zu äussern.

REFERENTEN

- **Mauro Tuena**, Stadtratskandidat
- **Dr. med. Karl Zweifel**, Stadtratskandidat
- **Ernst Stocker**, Regierungsrat
- **Alfred Heer**, Nationalrat und Parteipräsident

Gesprächsleitung **Christian Mettler**, Kantonsrat

EINLADUNG ZUR TRADITIONELLEN LICHTMESS

Samstag, 30. Januar 2010, 15.00 Uhr, Ziegelhöchi

Oberhalb Rest. Ziegelhütte, Hüttenkopfstrasse, 8051 Zürich
(Tram Nr. 7 und 9 oder Bus Nr. 62, 63 und 79 bis Schwamendingerplatz)

Wir freuen uns auf Ihr Erscheinen:

Christian Mettler, Kantonsrat, Präsident SVP 12

mit gratis Wurst
und Getränk

Es singt für Sie der **Männerchor Schwamendingen**.

www.svp-stadt-zuerich.ch

Mit Ihren Spenden helfen Sie uns, dieses Inserat
und unseren Gemeinderatswahlkampf zu finanzieren.
Vielen Dank. PC-Konto 80-21911-2

Schweizerische Volkspartei der Stadt Zürich



Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher



Abgew. Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Embrach

Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Horgen / Oberrieden

Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Männedorf

Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf (ausgenommen August).

Bezirk Pfäffikon / Illnau-Effretikon

Jeden ersten Montag im Monat, 18.30 bis 20.00 Uhr, Restaurant Rössli, Illnau, U30-Stamm (Jahrgang 1977 und jünger).

Jeden Gemeinderatsdonnerstag, 17.00 bis 19.00 Uhr, Donnerstagsapéro, QN-Bar, Effretikon.

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen

Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil.

Bezirk Uster / Uster

Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Winterthur / Altstadt, Mattenbach, Veltheim und Töss

Jeweils am letzten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, in der Café Bar Lifestyle, Schaffhauserstrasse 64, Winterthur.

Bezirk Winterthur / Elgg

Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Eintracht, Elgg.

Bezirk Winterthur / Seuzach

Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Bernergüetli, Seuzach.

Stadt Winterthur / Seen

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur / Wülflingen

Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich / Kreis 3

Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Falcone, Birmensdorferstrasse 150, Zürich-Wiedikon.

Stadt Zürich / Kreis 6

Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Ziegelhütte (Ende Hüttenkopfstrasse, Zürich).

Stadt Zürich Kreis 4/5

Jeden ersten Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Restaurant Zum Goldenen Fass, Zwinglistrasse 7, Zürich.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Dielsdorf / Neerach-Riedt

Dienstag, 19. Januar 2010, 19.30 Uhr, Restaurant Sternen, Generalversammlung mit einem Kurzreferat vom Bezirkspräsidenten Samuel Ramseyer.

Bezirk Hinwil

Montag, 22. März 2010, 20.00 Uhr, Gasthof Hirschen, Zürichstrasse 2, Hinwil, Sessionsveranstaltung mit Nationalrat Lukas Reimann.

Bezirk Winterthur / Hettlingen

Freitag, 22. Januar 2010, Mehrzweckhalle Hettlingen, SVP-Jassturnier. Standblattausgabe ab 19.00 Uhr bis spätestens 19.20 Uhr. Anmeldungen bis Montag, 18. Januar 2010 an Walter Müller, Bahnhofstrasse 17, 8422 Pfungen, Telefon 052 304 00 00 oder per E-Mail: mail@zier.ch.

Stadt Zürich / Kreis 7

Donnerstag, 4. Februar 2010, 19.00 Uhr, Restaurant Elefant, Witikon, Generalversammlung. Veranstalter: Urs Fehr Präsident SVP 7.

Stadt Zürich / Kreis 8

Dienstag, 19. Januar 2010, 19.30 Uhr, Neumünsterstrasse 34, Restaurant Hegibach, Neujahrs-Apéro mit den Stadtratskandidaten Mauro Tuena und Dr. Karl Zweifel.

Dienstag, 9. Februar 2010, 19.30 Uhr, Witikonstrasse 279, Zentrum Witikon, Restaurant Elefant, Wahlkampf-Veranstaltung mit den Stadtratskandidaten Mauro Tuena und Dr. Karl Zweifel. Für Speis und Trank wird gesorgt sein.

Stadt Zürich / Kreis 9

Samstag, 30. Januar 2010, 9.00–11.30 Uhr, Albisriederstrasse 330, hinter Buswartehäuschen, Standaktion für die Gemeinderatswahlen 2010.

Samstag, 6. Februar 2010, 9.00–11.30 Uhr, Lindenplatz, bei den Fahnenstangen, Standaktion für die Gemeinderatswahlen 2010.

Samstag, 13. Februar 2010, 9.00–11.30 Uhr, Lindenplatz, bei den Fahnenstangen, Standaktion für die Gemeinderatswahlen 2010, mit dabei sind auch die Frauengruppe SVP Stadt Zürich.

Samstag, 20. Februar 2010, 9.00–11.30 Uhr, Albisriederstrasse 365, vor Migros, Standaktion für die Gemeinderatswahlen 2010.

Samstag, 27. Februar 2010, 9.00–11.30 Uhr, Lindenplatz, bei den Fahnenstangen, Standaktion für die Gemeinderatswahlen 2010.

Stadt Zürich / Kreis 10

Montag, 18. Januar 2010, 19.30 Uhr, Höngg, Limmattalstrasse 228, Restaurant Limmattberg, Wahlveranstaltung mit den Stadtratskandidaten Mauro Tuena und Dr. Karl Zweifel.

Donnerstag, 25. Februar 2010, 19.30 Uhr, Höngg, Limmattalstrasse 228, Restaurant Limmattberg, Generalversammlung Kreis 10.

Stadt Zürich / Kreis 11

Freitag, 29. Januar 2010, 19.00 Uhr, Zürich-Affoltern, Terrain für Hundedressur, nahe Versuchsanstalt, Reckenholzstrasse, SKG Vereins-hütte, Fondueplausch SVP 11. Preis pro Person Fr. 20.00 (exkl. Getränke). Anmeldung via Mail: svp.zh11@bluewin.ch oder Tel. 044 372 03 26.

Stadt Zürich / Kreis 12

Samstag, 30. Januar 2010, 15.00 Uhr, Ziegelhöchi, oberhalb Restaurant Ziegelhütte, Hüttenkopfstrasse, Zürich (Tram Nr. 7 und 9 oder Bus Nr. 62, 63 und 79 bis Schwamendingerplatz), traditionelle Lichtmess mit den Stadtratskandidaten Mauro Tuena und Dr. Karl Zweifel, Regierungsrat Ernst Stocker, Nationalrat und Parteipräsident Alfred Heer sowie den Mandatsträgern von Zürich Nord. Gesprächsleitung: Kantonsrat Christian Mettler, Musik mit dem Männerchor Schwamendingen. Verpflegung: Suppe, Servelat, Brot, Tee und Wein.

Stadt Zürich Kreis 4/5

Samstag, 16. Januar 2010, 9.30–11.30 Uhr, Standort abwechslungsweise am Limmattplatz, Lochergut, Wengi-/Kernstrasse, genaue Auskunft über Telefon 076 371 34 12 Standaktion.

Samstag, 23. Januar 2010, 9.30–11.30 Uhr, Standort abwechslungsweise am Limmattplatz, Lochergut, Wengi-/Kernstrasse, genaue Auskunft über Telefon 076 371 34 12 Standaktion.

Samstag, 30. Januar 2010, 9.30–11.30 Uhr, Standort abwechslungsweise am Limmattplatz, Lochergut, Wengi-/Kernstrasse, genaue Auskunft über Telefon 076 371 34 12 Standaktion.

Samstag, 6. Februar 2010, 9.30–11.30 Uhr, Standort abwechslungsweise am Limmattplatz, Lochergut, Wengi-/Kernstrasse, genaue Auskunft über Telefon 076 371 34 12 Standaktion.

Samstag, 13. Februar 2010, 9.30–11.30 Uhr, Standort abwechslungsweise am Limmattplatz, Lochergut, Wengi-/Kernstrasse, genaue Auskunft über Telefon 076 371 34 12 Standaktion.

Samstag, 20. Februar 2010, 09.30–11.30 Uhr, Standort abwechslungsweise am Limmattplatz, Lochergut, Wengi-/Kernstrasse, genaue Auskunft über Telefon 076 371 34 12 Standaktion.

Samstag, 27. Februar 2010, 9.30–11.30 Uhr, Standort abwechslungsweise am Limmatt-

platz, Lochergut, Wengi-/Kernstrasse, genaue Auskunft über Telefon 076 371 34 12 Standaktion.

SVP-FRAUEN

Frauengruppe SVP Stadt Zürich

Dienstag, 26. Januar 2010, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

Samstag, 30. Januar 2010, 9.00–12.00 Uhr, Albisriederplatz, Haltestelle Bus 33, neben der Apotheke, Standaktion zusammen mit dem Kreis 3. Gemeinderätin Marina Garzotto, 1. Vizepräsidentin des Gemeinderates, kandidiert erneut im Kreis 3. Die Frauengruppe unterstützt sie und empfiehlt sie zur Wiederwahl. Wir verteilen am Stand Kaffee und Kuchen. Marina Garzotto ist anwesend. Nutzen Sie diese Gelegenheit, kommen Sie vorbei und lernen Sie Marina Garzotto persönlich kennen.

Samstag, 6. Februar 2010, 9.00–11.00 Uhr, Lindenplatz, Standaktion mit Gemeinderatskandidatin Margrit Haller, Kreis 9. Es werden Kaffee und Kuchen verteilt.

Samstag, 6. Februar 2010, 9.30–11.00 Uhr, Morgental, Albisstrasse 44, vor dem Bistro Mandarin, Standaktion mit Gemeinderätin Hedy Schlatter und Gemeinderatskandidatin Margrit Haller. Es werden Äpfel verteilt.

Dienstag, 11. Mai 2010, 19.30 Uhr, Albisriederplatz, Hotel Mercure Stoller, 1. Mitgliederversammlung.

Donnerstag, 26. August 2010, 19.30 Uhr, Albisriederplatz, Hotel Mercure Stoller, 2. Mitgliederversammlung.

Montag, 25. Oktober 2010, 19.30 Uhr, Albisriederplatz, Hotel Mercure Stoller, 3. Mitgliederversammlung.

Dienstag, 25. Januar 2011, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

SVP-Frauen Kanton Zürich

Donnerstag, 4. Februar 2010, 20.00 Uhr, Gasthaus zur Krone, Pavillon, Schlossstrasse 4, Greifensee, öffentliche Veranstaltung zum Thema «Familieninitiative der SVP-Familie stärken!» mit Nationalrat Bruno Zuppiger und Rösl Zuppiger, Autorin «Nestwärme für Kinder – Blutwurst für Herrn Bundesrat». Mitglieder der SVP Kanton Zürich und Sympathisanten sind herzlich willkommen! Organisation: SVP-Frauen Kanton Zürich / SVP Greifensee. Kontakt/Informationen: Gemeinderätin Jacqueline Hofer, Dübendorf, info@jhofer.ch, <http://www.svpfrauen.ch>.

glieder der SVP Kanton Zürich und Sympathisanten sind herzlich willkommen! Organisation: SVP-Frauen Kanton Zürich / SVP Greifensee. Kontakt/Informationen: Gemeinderätin Jacqueline Hofer, Dübendorf, info@jhofer.ch, <http://www.svpfrauen.ch>.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 5. Februar 2010, 13.30–17.30 Uhr, ETH Zürich, Semper-Aula (G 60), Panel-Debatte I (14.15 bis 15.30 Uhr) «Sicherheitspolitische Positionierung: Auslandseinsätze der Armee wie weiter?» u.a. mit Nationalrat Hans Fehr, im Rahmen der Veranstaltung «Weltpolitische Lage 2010: Herausforderungen für die Schweiz» des Center for Security Studies, ETH Zürich.

10. Nationaler SVP-Jasscup in Näfels Glarus

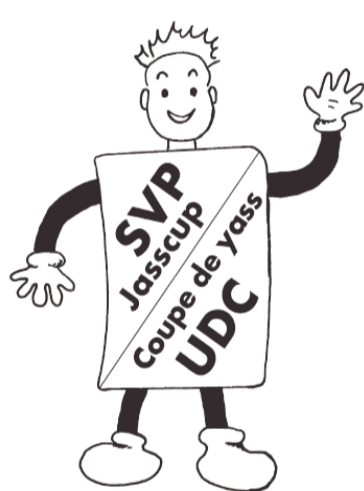
Samstag, 20. Februar 2010, 9.00–15.00 Uhr, Oberurnerstrasse, Sportzentrum Linth-Arena SGU, Jubiläums-Jasscup, Beginn 10.30 Uhr, auch «Nicht-Jasser» sind eingeladen. Teilnahmegebühr: Fr. 30.00 pro Person, Anmeldungen bis 14. Februar 2010 bei: Generalsekretariat SVP, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern, Telefon 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59, E-Mail: merian@svp.ch.

sifa Sicherheit für alle

Samstag, 23. Januar 2010, 9.45–12.00 Uhr, Aarau, Obere Vorstadt 10, Grossrats-Saal im Grossratsgebäude, 4. sifa-Wintertagung zur Sicherheitspolitik, Referat mit KKdt André Blattmann zum Thema: Schweizer Armee Sicherheit und Freiheit. Anschliessend Diskussion und Apéro bis 13.00 Uhr.

Zürcher Komitee

«Ja zum fairen Umwandlungssatz» Donnerstag, 4. Februar 2010, 19.00 Uhr, Uster, Theaterstrasse 1, Stadthofsaal, Podiumsdiskussion zum «Rente Loch» Abstimmung vom 7. März 2010, Diskussionssteilnehmer Pro: Hans Kaufmann, Nationalrat SVP, Filippo Leutenegger, Nationalrat FDP, Barbara Schmid-Federer, Nationalrätin CVP, Contra: Katharina Prelicz-Huber, Nationalrätin Grüne, Andreas Rieger, Co-Präsident Unia und Jorge Serra, Kantonsrat SP. Einleitendes Referat: Yves Rossier, Direktor Bundesamt für Sozialversicherungen, Moderation: Martin Spieler, Chefredaktor Handelszeitung, Eintritt frei.



10. Nationaler SVP Jasscup mit der SVP-Fraktion



Jubiläums - Jasscup der SVP
Samstag, 20. Februar 2010 in der Linth-Arena SGU, Oberurnerstrasse, 8752 Näfels

Wann: Samstag, 20. Februar 2010

Beginn 10.30 - ca. 15.00 Uhr (Jasszettel-Ausgabe ab 09.00 Uhr)

Ort: Sportzentrum Linth-Arena SGU, Oberurnerstrasse, 8752 Näfels (GL)

Das Sportzentrum Linth-Arena SGU bietet genügend Parkplätze. Zugreisende fahren bis Ziegelbrücke, ab dem Bahnhof verkehrt ein Shuttlebus.

Organisation

Durch die SVP Kanton Glarus mit OK-Präsidenten Marc Ziltener und dem Jass-Obmann der SVP Schweiz, Nationalrat Bruno Zuppiger (Hinwil)

Modus

Schieber mit zugelostem Partner (vier Passen à 12 Spiele, schlechteste Passe = Streichpasse, gewertet werden also drei Passen mit 36 Spielen). Detailliertes Reglement liegt auf.

Kartenart

Französische und Deutschschweizer Karten

Preise

Wanderpreis für die Siegerin oder den Sieger sowie eine Vielzahl von schönen und attraktiven Preisen mit zusätzlichem Schätzwettbewerb

Teilnahmegebühr

Fr. 30.- sind an der Eingangskasse zu bezahlen.

Zu diesem gemütlichen Anlass sind alle SVP-Politiker, SVP-Mitglieder und SVP-Sympathisanten sowie alle Jassfreunde herzlich eingeladen. Auch „Nicht-Jasser“ sind selbstverständlich herzlich willkommen!

Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie, sich mit dem unten stehenden Talon anzumelden.



Anmeldetalon

Ich melde mich für den 10. Nationalen (Jubiläums-Jasscup) an:

Deutschschweizer Karten Französische Karten Kartenzuteilung egal

Name: _____ Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Telefon: _____ E-Mail oder Fax: _____

Talon bis zum 14. Februar 2010 einsenden an: Generalsekretariat SVP, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern, Tel. 031 300 58 58 – Fax 031 300 58 59 – E-Mail: merian@svp.ch

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 1660-6701

Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:

Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,4% Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8

Christoph Bähler (ba.), Dr. Yves Gadiet (gad.)
Tel. 044 217 77 64
Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

Mitarbeiter:

Claudio Zanetti (zac.)
Hans Fehr (fe.)

Inseraten-Annahme:

«Zürcher Bote», Inserate
Seestrasse 95, 8800 Thalwil
Tel. 044 722 77 76, Fax 044 720 10 78
E-Mail: inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:

Mittwoch 15.00 Uhr
Insertionspreis 92 Rp. die einspaltige
Millimeterzeile, Gelegenheitsinserate
1-spaltig bis 35 mm Fr. 30.–
+7,6% Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:

Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

VEREIN FÜR AKTIVE SENIOREN

Öffentliche Veranstaltung Kreis 7

Donnerstag, 21. Januar 2010, 14.30 Uhr, Witikonstrasse 279, Zentrum Witikon, Restaurant Elefant, mit den Gemeinderatskandidaten Urs Fehr und Lorenzo Leutenegger, Thema: Warum und wie sich die Politik um Senioren zu kümmern hat. Anschliessend Kaffee und Kuchen.